

T a g e s o r d n u n g

1. Mitteilungen
2. Umbesetzung von Ausschüssen und Entsendung von Vertretern der Stadt Feldkirch in Organe juristischer Personen
3. Integrationsleitbild
4. Feuerwehrhaus Feldkirch Tosters, Sanierung und Erweiterung - Grundsatzbeschluss und Abtretung des Beschlussrechtes
5. Sport- und Freizeitzentrum Oberau - Grundsatzbeschluss
6. Schulzentrum Oberau, Sanierung und Erweiterung – zweiter Grundsatzbeschluss
7. Kindergärten - Raumbedarf; Grundsatzbeschluss
8. Neubau Montforthaus
 - a) Vergabe der Architekturplanungen
 - b) Zweistufiges Verhandlungsverfahren für Planungsleistungen Heizung, Lüftung, Sanitär im Oberschwellenbereich
9. Verkehrsplanung Feldkirch Süd – Empfehlung an die Vorarlberger Landesregierung
10. Gesamtverkehrskonzept Feldkirch
11. Umwidmungen
 - a) Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes – Sport- und Freizeitzentrum Oberau
 - b) Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes – Gasstation
12. Tourismusbeitrag 2009 – Festsetzung des Gesamtaufkommens und des Hebesatzes
13. Aufnahme von Wohnbauförderungsdarlehen
14. Förderungsvertrag Kanal-Neubau BA 61
15. Umstellung Zinsbindung variabel – fix
 - a) Stadt Feldkirch
 - b) Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG
16. Grundstücksangelegenheiten
17. Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung der Stadtvertretung vom 16.12.2008
18. Allfälliges

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

1. Mitteilungen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt folgendes zur Kenntnis:

Zur Erinnerung an die Ereignisse vor 90 Jahren ist ein Buch aufgelegt worden mit dem Titel „Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz 1918 bis 1921“. Exemplare zum Preis von € 36,- zuzügl. € 5,- Zustellgebühr, können direkt beim Verleger bzw. Herausgeber bestellt werden.

2. Umbesetzung von Ausschüssen und Entsendung von Vertretern der Stadt Feldkirch in Organe juristischer Personen

Bürgermeister Mag Berchtold bringt die vorliegenden Anträge zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

a) über Antrag der Bürgermeister Berchtold – Feldkircher Volkspartei Abgabenkommission

| | bisher | neu |
|-----------------------|--------------------------|--------------------------|
| Mitglied | Peter Efferl | STR Wolfgang Matt |
| Ersatzmitglied | STR Wolfgang Matt | Peter Efferl |

b) über Antrag von SPÖ-Feldkirch und Parteifreie Sportausschuss

| | bisher | neu |
|-----------------|-------------------|----------------------|
| Mitglied | Peter Mähr | Bastian Cizek |

Tiefbauausschuss

| | | |
|--------------------------|----------------------|----------------------|
| 1. Ersatzmitglied | Peter Mähr | Eduard Siegel |
| 2. Ersatzmitglied | Eduard Siegel | |

Prüfungsausschuss

| | | |
|-----------------------|---------------------------|---|
| Ersatzmitglied | Hans-Peter Nigmann | Andreas Rietzler Bastian Cizek |
|-----------------------|---------------------------|---|

c) Der jeweilige Stadtrat für land- und forstwirtschaftliche Angelegenheiten vertritt die Stadt Feldkirch in der Bringungsgenossenschaft „Wilder Berg“.

3. Integrationsleitbild

Vizebürgermeisterin Burtscher bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Ing. Dingler meint, mit dem vorliegenden Integrationsleitbild sei man noch nicht am Ende des Weges angelangt, aber es sei den Freiheitlichen doch gelungen, im Gegensatz zum Erstentwurf vom Jänner des Jahres, einige für ihre Fraktion wichtige Dinge klar herauszustreichen. Zuwanderung bedeute nicht nur Rechte, sondern auch damit verbundene Pflichten für die Menschen, die zu uns kommen und hier leben wollen. Begriffe wie „Fördern und Fordern“ seien jetzt im Leitbild verankert und auch die Forderung der FPÖ, gegen Parallelgesellschaften aufzutreten, sei eingearbeitet. Als weiteres zentrales Element der Integration werde auch der Erwerb der deutschen Sprache deutlicher herausgestrichen. Seine Fraktion werde daher dem neu ausgearbeiteten Integrationsleitbild die Zustimmung erteilen, gleichzeitig aber die tatsächliche Entwicklung in diesem Bereich kritisch beobachten und auf sich abzeichnende Missstände schon von Beginn an aufmerksam machen.

STV Dr. Nussbaumer erklärt, als Obfrau dieses Integrationsausschusses danke sie all jenen, die eineinhalb Jahre lang bereit gewesen seien mit wirklich großartigem Engagement mitzuarbeiten. Dass nunmehr einstimmig dieses Integrationsleitbild beschlossen werde, freue sie ganz besonders.

STR Dr. Albrecht meint, die ausführliche Diskussion über das Integrationsleitbild habe man bereits im Dezember 2008 geführt, wobei der Antrag zurückgestellt worden sei, da die Freiheitliche Fraktion noch einiges eingearbeitet haben wollten. Er wehre sich allerdings dagegen, dass hier behauptet werde, weil die Freiheitlichen das jetzt auf eine neue Bahn gelenkt hätten, könne man nunmehr zustimmen. Dies sei so hanebüchen, so etwas müsse man wirklich zurückweisen. Es seien drei Punkte gewesen, über die man diskutiert habe. Das Handeln der Stadt – dabei sei es um fördern und fordern gegangen. Von der ersten Sitzung an sei klar gewesen, dass zuerst gefördert werden müsse, und man dann natürlich auch etwas fordern könne. Ein Hauptpunkt sei auch das „böse Wort“ Parallelgesellschaft gewesen. Es freue ihn, dass man hineingeschrieben habe, dass man in einer Parallelgesellschaft im Prinzip nicht sein könne. Parallelgesellschaften gebe es überall. Er denke nur an kirchliche Parallelgesellschaften, seien es die Zeugen Jehovas oder das Kapuzinerkloster. Man habe aber vermerkt, dass man dezitiert gegen die Bildung von links- wie rechtsextremen islamistischen und anderen religiös-politischen Parallelgesellschaften sei, die gegen Menschenrechte verstoßen oder unsere demokratischen Grundwerte nicht teilen würden. Dies wolle man bereits in den Anfängen verhindern und dies sei ein ganz entscheidender Satz im Integrationsleitbild. Das Papier, welches die FPÖ vorgelegt habe, zerrede sich, wenn gesagt werde, dass Zuwanderer aus der Steiermark und Kärnten keine Zuwanderer seien und nicht vergleichbar mit solchen aus der Türkei. Hier werde versucht, deutsche Zuwanderer mit nicht deutschen Zuwanderern auseinanderzudividieren und dies sei glatter Unsinn. Auch er fühle sich als Zuwanderer und sei hier sehrwohl integriert. Es gehe um die gleichberechtigte Teilnahme von Personen und Gruppen am gesellschaftlichen Leben und auch um die Möglichkeit seine Interessen artikulieren zu können.

Seine Fraktion werde diesem Leitbild ebenfalls zustimmen, jedoch deswegen, weil es verbessert worden sei und nicht weil die FPÖ es nach ihren Wünschen ausgerichtet habe.

Bürgermeister Mag. Berchtold betont, es sei nicht ganz unwichtig, dass diese Ergänzung vorgetragen worden sei von einem der selbst als Beispiel für gelungene Integration gelte.

STV Dr. Lechhab stellt fest, er wisse nicht, ob Dr. Albrecht integriert sei, allerdings sei klar, dass er selbst sehr gut integriert sei. Es sei das erste Mal, dass er das Gefühl habe, dass die Sachpolitik im Vordergrund gestanden habe, und er bedanke sich hier als direkt Betroffener. Man habe gemeinsam etwas geschaffen. Dies sei in anderen Städten nicht der Fall gewesen. Er bedanke sich auch bei den Freiheitlichen, die ihre Meinung geändert hätten und vor allem bei STV Dr. Nussbaumer, die diplomatisch und sachlich viel geleistet habe, um einen Konsens zu finden, bei dem alle Fraktionen mitgehen hätten können.

Bürgermeister Mag. Berchtold meint, es sei ein weiteres Beispiel dafür, dass man in einer Stadt wie Feldkirch insbesondere zu Sachthemen, durch konstruktive Arbeit zu einem gemeinsamen Ergebnis komme. Dies sei gerade in dieser Sache ganz sicher nicht einfach gewesen. Wenn man wisse, wie breit der Bogen der Vorstellungen über Integration auch in unserer Gesellschaft, in unserer Stadt gespannt sei, dann sei dies nicht von vornherein selbstverständlich, dass es gelinge, in einer Stadt ein Integrationsleitbild zu verabschieden, das von allen in der Stadtvertretung repräsentierten Parteien mitgetragen werde. Dies zeuge von einer ausgezeichneten Qualität der Vorarbeit im Ausschuss, aber auch von einem hohen Verantwortungsbewusstsein der Mitglieder aller Fraktionen in dieser Stadtvertretung. Dafür auch von seiner Seite ein großes Kompliment an die Vertreter im Ausschuss, aber insbesondere auch an die Mitglieder der Stadtvertretung, dies noch bevor es zur Abstimmung komme, weil er davon ausgehe, dass man wirklich das Ergebnis erziele, welches man bereits angekündigt habe, nämlich einen Konsens.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt das Integrationsleitbild gemäß dem vorliegenden Entwurf vom 26.02.2009.

Bürgermeister Mag. Berchtold bedankt sich bei der FPÖ, dass die Zeit seit der letzten Stadtvertretungssitzung konstruktiv genutzt worden sei für die Überarbeitung eines Leitbildes, das nun von allen mitgetragen werden könne.

STV Dr. Diem weist darauf hin, dass hier etwas einmaliges passiert sei, nämlich, dass man sich Zeit genommen habe, Wünsche von anderen mit einzuarbeiten, egal auf welcher Seite man stehe. Den Antrag in der letzten Sitzung zu vertagen halte er immer noch für eine Sternstunde, vor allem weil man heute zu diesem Ergebnis gekommen sei.

4. Feuerwehr Feldkirch Tosters, Sanierung und Erweiterung – Grundsatzbeschluss und Abtretung des Beschlussrechtes

Bürgermeister Mag. Berchtold begrüßt die Vertreter und Mitglieder der Feuerwehr Feldkirch Tosters, mit Kommandant Hans Morscher an der Spitze. Die Anwesenheit bekunde das Interesse und auch die Tatsache, dass die Feuerwehr hinter diesem Antrag stehe.

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

a) Die Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG fasst den Grundsatzbeschluss zur Sanierung und Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Feldkirch-Tosters mit zwei zusätzlichen Garageneinstellplätzen inkl. Infrastruktur. Die Gesamtherstellungskosten betragen netto € 1.167.330,- (+/- 20%, Preisbasis 01/2008)

b) Für den Zeitraum vom 1.7.2009 bis einschließlich 5.10.2009 überträgt die Stadtvertretung als Organ der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG das ihr zustehende Beschlussrecht an den Stadtrat als Organ der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, er wolle die Gelegenheit nutzen, um den Vertretern der Feuerwehr Feldkirch Tosters im allgemeinen, aber besonders auch jenen, die in der Vorbereitung für diese Sanierungs- und Erweiterungsbaulichkeiten mit eingebunden gewesen seien, ein herzliches Dankeschön zu sagen. Es sei ein verantwortungsbewusster Umgang gewesen mit Notwendigkeiten zur Verbesserung der Sicherheit, nicht nur im Ortsteil Tosters, sondern auch für den Bezirk Feldkirch, wenn er an den Gefahrenstützpunkt Tosters denke. Er bedanke sich bei den hier anwesenden Feuerwehrleuten auch stellvertretend für die fast 300 Feuerwehrmännern in Feldkirch, die tagtäglich im Einsatz im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung seien, die, auch mit Recht eine entsprechende Ausrüstung und Infrastruktur erwarten dürfen. Die Stadtvertretung habe dafür in der Vergangenheit auch das entsprechende Verantwortungsbewusstsein gezeigt, in dem die dafür notwendigen Mittel auch immer wieder aufgebracht worden seien. Er wünsche „Glück auf“ mit dem Bau des Feuerwehrhauses und man freue sich auf die Eröffnung im kommenden Jahr.

5. Sport- und Freizeitzentrum Oberau – Grundsatzbeschluss

Vizebürgermeisterin Burtscher bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Allgäuer macht darauf aufmerksam, seine Fraktion habe schon des öfteren darauf hingewiesen, dass in diesem Sport- und Freizeitzentrum Oberau ein Hallenbad durchaus Sinne machen würde und von Jung und Alt genützt werden könnte. Seine Frage sei, ob mit dem heutigen Grundsatzbeschluss es in Zukunft, oder naher Zukunft, mög-

lich sei, die nötige Infrastruktur und die Hochbaumaßnahmen zu setzen, damit dieses Projekt kurz- oder mittelfristig umgesetzt werden könnte.

Vizebürgermeisterin Burtscher erklärt, dass sie dies nicht beantworten könne, da das Behördenverfahren für das vorliegende Konzept sehr viele Stellungnahmen beinhalte. Dies könne erst beantwortet werden, wenn konkret nochmals ein Ansuchen gestellt werde und sich die Behörden dazu äußern könnten.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, man könne jetzt schon davon ausgehen, dass eine Situierung eines solchen Projektes mit Sicherheit nicht westlich der Noflerstraße möglich sein werde. Wenn man heute von einem Freizeit- und Sportzentrum Oberau spreche, sei damit ausschließlich der Planungsraum gemeint, der westlich der Noflerstraße gelegen sei.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Anlagen des Sport- und Freizeitentrums Oberau werden auf Grundlage der Planungen des Gesamtkonzepts vom Februar 2009 erweitert und optimiert. Das Vorhaben ist in Abstimmung mit den Behörden und den Nutzern weiter zu konkretisieren, ein Vorschlag über eine mögliche zeitliche Etappierung ist zu erstellen. Die politischen Organe sind zu gegebenem Zeitpunkt für weitere Beschlüsse zur Umsetzung einzelner Maßnahmenbereiche und der diesbezüglichen Vergabe von Planungsleistungen erneut zu befassen.

6. Schulzentrum Oberau, Sanierung und Erweiterung – zweiter Grundsatzbeschluss

STR Dr. Rederer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Ing. Kuntner erklärt, er möchte hiermit im Namen der Fraktion Feldkirch Blüht seine Genugtuung über das Zustandekommen des zweiten Grundsatzbeschlusses zur Sanierung und Erweiterung des Schulzentrums Oberau zum Ausdruck bringen. Die Freude von Feldkirch Blüht über den baldigen Baubeginn in dem nun beschlossenen Umfang, der eine Generalsanierung des Altbestandes mit Passivhauselementen vorsehe, sei groß. Es dürfe an dieser Stelle aber daran erinnert werden, dass nach den ersten Überlegungen und Diskussionen vor zwei Jahren der Erfolg in dieser Deutlichkeit so noch nicht sichtbar gewesen sei. Es habe vor allem auch der Beharrlichkeit seiner Fraktion bedurft, damit die Weichen für eine dem Standard der Zeit gemäße Lösung gestellt werden konnten. Ohne die Mitwirkung und Unterstützung durch andere Kollegen und Kolleginnen, vor allem auch der Mehrheitsfraktion in diesem Haus, hätte dieser wahrlich große Wurf allerdings nicht gelingen können. Daher gelte heute der Dank von Feldkirch Blüht allen, die diesem zukunftsweisenden Projekt zum Durchbruch verholfen hätten. 22,7 Mio Euro seien viel Geld, auch für eine Stadt der Größe Feldkirchs. Dieses Geld sei jedoch aus mehreren Gründen gut angelegt. Ab dem Jahre 2012 könnten Schüler, Schülerinnen und Lehrkörper auf Jahrzehnte hinaus in einem in

jeder Hinsicht angenehmen und den Lernzielen förderlichen Klima arbeiten. Aus dem Problemfall Schulzentrum Oberau werde ein Wohlfühlort. Dafür würden nicht zuletzt die Fachleute des Umweltverbandes, des Energieinstituts und die Architekten und Planer mit ihrem Know How sorgen. Die Energiekosten würden nachhaltig gesenkt und optimiert, Umwelt und Klima geschont. Ein wichtiger Aspekt dieses Großprojektes sei unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten halben Jahres deutlich geworden. Mit dieser Investition, die den Wertschöpfungsprozess weitgehend in der Region behalte, würden Baubranche und heimische Handwerksbetriebe gestützt und damit vielen Menschen Arbeit und Einkommen gesichert.

STR Dr. Rederer meint, große Dinge würden ihre Zeit und ihre Entwicklungsphasen brauchen. Es sei ähnlich zu sehen wie beim Integrationsleitbild. Viele Mütter und Väter hätten an diesem Projekt mitgearbeitet. Man dürfe das Abstimmungsergebnis natürlich nicht vorwegnehmen, aber er glaube, dass alle Fraktionen hier ihr Schärfflein dazu beigetragen hätten. Er erinnere auch an das Einbringen von fachkundigen Meinungen, das sich Einbringen der Kindergärtnerinnen, der Volksschuldirektorin, des Hauptschuldirektors, der Lehrer usw. In der Werkstattgruppe seien alle Fraktionen vertreten gewesen, was nunmehr zu diesem Ergebnis geführt habe. Die Stadt Feldkirch habe eine sehr gute schulerhaltende Tradition. Man sei im Rahmen des Auftrages Bildungsstadt in der Region zu sein, wirklich ein Vorzeigebispiel. In den letzten Jahren habe man in Schulsanierungen, Neubauten und Erweiterungen in einer Größenordnung von 40 bis 45 Millionen Euro investiert. Er bedanke sich bereits im Voraus bei all denjenigen, die hier an der Entwicklung mitgeholfen hätten.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In Ergänzung zum Grundsatzbeschluss vom 03. Juli 2007 beschließt die Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG die Sanierung und Erweiterung des Schulzentrums Oberau um netto € 22,7 Mio. (+/- 17,5%, Preisbasis 01/2008) im Rahmen der Ergebnisse der Verhandlungsverfahren. Die Hüllen der Bestandsobjekte sind mittels Passivhauselementen zu sanieren, die Neubautrakte sind auf Passivhausniveau zu errichten. Mit den maßgebenden Bautätigkeiten soll im Anschluss an das Schuljahr 2009/2010 begonnen werden, die Gesamtbaufertigstellung wird im August 2012 angestrebt. Die Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG ist zur Fassung eines Baubeschlusses mit dem definitiven Kostenziel nochmals zu befassen.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, man habe heute eine Reihe von wichtigen Beschlüssen, insbesondere was die Zukunft der Stadt Feldkirch betreffe, zu fassen. Man habe das Glück, dass man auf einer Grundlage aufbauen könne, die unsere Vorfahren auch in der Politik gelegt hätten. Er freue sich deshalb, heute das älteste noch lebende ehemalige Mitglied von Stadtvertretung und Stadtrat, Hans Zraunig, begrüßen zu dürfen, der in Kürze 96 Jahre alt werde.

STR Dr. Rederer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch fasst den Grundsatzbeschluss zur Abdeckung des Fehlbedarfes an Gruppenräumen in den Kindergärten und an geeigneten weiteren Standorten nach dem Kindergartengesetz, LGBl Nr 52/2008, und den vorliegenden Bedarfsermittlungen.

Bürgermeister Mag. Berchtold betont, er wolle ausdrücklich hier noch ergänzen, dass dies für die Gemeinden im allgemeinen, aber gerade auch für eine Stadt wie Feldkirch, eine immense Herausforderung bedeute, was hier in den nächsten Jahren auf Feldkirch zukomme, um den Betreuungsbedarf, der zum einen gesellschaftlich gewollt sei, vor allem aber auch gesetzlich mit dem neuen Kindergartengesetz normiert sei, entsprechen zu können. Allein in Feldkirch werde man bis zum Jahre 2012 zwölf bis dreizehn zusätzliche Kindergartengruppen haben. Dies aufgrund der demografischen Entwicklung zum einen, aber insbesondere auch aufgrund der Verkleinerung der Gruppengrößen und der Aufnahme von Dreijährigen in den Kindergarten. Die Stadt Feldkirch lege mit diesem Grundsatzbeschluss ein klares Bekenntnis zur Kinderbetreuung ab, vor allem aber auch zur Qualität in der Kinderbetreuung. Damit verbunden seien nicht nur räumliche Erfordernisse, sondern insbesondere auch das entsprechend qualifizierte zusätzliche Personal. Dieser Antrag heute und die einstimmige Beschlussfassung gebe ihm auch die Gelegenheit, auch einmal den Pädagoginnen und Pädagogen in den Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen ein großes Kompliment auszusprechen. Es werde großartige Arbeit geleistet, vielfach auch Sozialarbeit. Es sei nicht immer nur ein pädagogischer Auftrag der erfüllt werde, sondern vielfach auch delegierte Aufgabe aus Familien, die diesen Anforderungen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr nachkommen können. In den Kindergärten werde hier stellvertretend wichtige gesellschaftspolitische Arbeit geleistet. Auch dies sei ihm ein Anliegen einmal ausdrücklich zu erwähnen und den KindergartenpädagogInnen ein Kompliment dafür auszusprechen.

8. Neubau Montforthaus

a) Vergabe der Architekturplanungen

b) Zweistufiges Verhandlungsverfahren für Planungsleistungen Heizung, Lüftung, Sanitär im Oberschwellenbereich

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

a) Die Stadtvertretung beschließt die Vergabe der Leistungen für Architekturplanungen für den Neubau des Montforthauses inklusive des Dachcafes und der Tiefgarage in der Höhe von netto € 1.447.421,- gemäß Angebot vom 11.02.2009 an die Planungs-

gemeinschaft HascherJehle, Berlin / MitiskaWäger, Bludenz. Die endgültige Honorarhöhe ergibt sich auf Basis der abgerechneten honorarberechtigten Kosten.

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadtvertretung beschließt, dass zur Auswahl von Bewerbern für Fachplanerleistungen für Heizungs-, Sanitär-, und Lüftungsanlagen für den Neubau des Montforthauses ein zweistufiges Verhandlungsverfahren im Oberschwellenbereich durchgeführt wird. Die Auswahlkriterien der ersten Stufe und die Zuschlagskriterien der zweiten Stufe für die Beurteilung der Angebote sollen durch den Stadtrat festgelegt werden.**

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, es seien jetzt eine Reihe von Beschlüssen gefasst worden, die insbesondere Investitionen in den Hochbau der Stadt Feldkirch betreffen, mit einem Investitionsvolumen weit jenseits von 50 Millionen Euro. Es widerspiegeln sehr viele Aufgabenbereiche einer Kommune. Wenn man beispielsweise den Bereich Sicherheit hernehme und über das Feuerwehrhaus Feldkirch Tosters einen Grundsatzbeschluss fasse, oder das Zusammenleben in unserer Gesellschaft mit dem Integrationsleitbild entsprechend darstelle. Das Freizeit- und Sportzentrum Oberau, eine weitere Einrichtung im Bereich der Sportanlagen in Feldkirch, die modernisiert und erweitert werde, oder den Bereich der Bildung mit dem Schulzentrum Oberau. Es sei bereits erwähnt worden, dass hier in den letzten Jahren gewaltige Summen investiert worden seien, um insbesondere auch den kommunalen Verantwortungsbereich für die Bildung zukunftsfit zu machen, oder auch den Kinderbetreuungsbereich. Und gerade jetzt auch mit dem Beschluss für weitere Planungen des Montforthauses, ein Infrastrukturprojekt, das für die Stadtentwicklung von Feldkirch Maßstäbe setze. Es sei in den meisten Fällen in der Diskussion bis zu diesem Tagesordnungspunkt recht zügig vorangegangen. Dies widerspiegeln eigentlich in keiner Weise den Aufwand und die Arbeit, die dahinterstecke. Er wolle deshalb in aller Deutlichkeit nochmals in Erinnerung rufen und hervorheben, welcher großer Aufwand zur Vorbereitung solcher Anträge, in dieser Qualität und zur Schaffung der Voraussetzungen, dass sie in großem Einvernehmen im höchsten Gremium einer Stadt gefasst werden können, notwendig sei. Dies seien im Grunde die Eckpfeiler der Stadtentwicklung von Feldkirch. Gemeinsam mit den nächsten beiden Tagesordnungspunkten, die man heute noch abhandle, sei dies das Stadtentwicklungsprogramm von Feldkirch mit seinen Schwerpunkten. Dies sei ein Auftrag, den man mit diesen Beschlüssen bereits für die Zukunft vorgebe. Es sei aber vor allem auch eine großartige Bilanz des Leistungsvermögens der politischen Mandatäre und der Verwaltung der Stadt Feldkirch. Er wolle bei dieser Gelegenheit einen kleinen Zwischenapplaus provozieren, insbesondere für die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung und der zugeordneten Betriebe, die in den letzten Monaten und Jahren Hervorragendes geleistet hätten, dass diese Beschlüsse möglich seien in der komprimierten und vor allem auch konsensualen Art, wie sie heute gefasst

würden. Er bedanke sich bei den anwesenden Gruppenleitern Dr. Willi Bröll und DI Gabor Mödglagl. Insbesondere gelte sein Dank DI Stefan Duelli, der für die nächsten beiden Punkte hervorragende Zuarbeit geleistet habe und Dank auch an Mag. Susanne Hafner und Thomas Hechenberger für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die bei der Stadt Feldkirch vorbildlich funktioniere. Dank auch an Stadtdamtsdirektor Dr. Suitner für die Gesamtverantwortung. Last but not least: das Wichtigste letztlich sei, dass diese Investitionen auch finanziert würden, und dafür bedanke er sich stellvertretend heute bei den Bürgerinnen und Bürgern als Steuerzahler.

9. Verkehrsplanung Feldkirch Süd – Empfehlung an die Vorarlberger Landesregierung

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Reisch meint, nach Jahrzehnte dauernder Diskussion habe man das Projekt Letzetunnel nun endgültig zu Grabe getragen, da die durch diesen Straßentunnel erwartete Entlastungswirkung für die Stadt Feldkirch nicht erreicht worden wäre. Für die vom Verkehrsaufkommen stark belastete Innenstadt, die Bärenkreuzung, die Liechtensteiner Straße bis Höhe Schulzentrum und die Zufahrt zum Landeskrankenhaus, sei natürlich unbestritten eine bessere Verkehrslösung erforderlich. Ihre Fraktion stehe grundsätzlich einer Verkehrsplanung Feldkirch Süd, die sowohl eine Straßenlösung vorsehe und gleichzeitig den Ausbau des öffentlichen Verkehrs auf der Schiene forcieren, positiv gegenüber. Die Errichtung eines Straßentunnels als Spange von der Felsenau bis zum vorgeschlagenen Kreisverkehr mit Anbindung des Landeskrankenhauses, soll die erwartete Entlastungswirkung für die Innenstadt Feldkirch bringen und eine bessere Anbindung von Ortsteilen an das übergeordnete Straßennetz ermöglichen. Die in der Variante 5.3 enthaltene Tunnelvariante nach Tisis sehe ihre Fraktion allerdings kritisch. Man befürchte, dass diese Spange vermehrt Verkehr anziehe und die gewünschte Entlastung in diesem Bereich nicht zulasse. Ihre Fraktion weise auch immer wieder darauf hin, dass sich die Verkehrsprobleme in Feldkirch zunehmend in den Norden Feldkirchs, zur Gemeindegrenze nach Rankweil hin, verlagern. Zudem sei der bevölkerungsreichste Ortsteil Gisingen von starkem und ständig anwachsendem Durchzugsverkehr durch Wohngebiete betroffen. Eine der Zielsetzungen der Verkehrsplanung Feldkirch Süd, Siedlungsgebiete vom Durchzugsverkehr zu entlasten, müsse auch für andere Ortsteile von Feldkirch gelten. In diesem Sinne stimme die SPÖ Feldkirch diesem Antrag zu.

STR Thalhammer stellt fest, die Argumente von Feldkirch Blüht seien bekannt, da diese ja schon beim Thema Letzetunnel, dann bei der Amtstrasse und nunmehr bei der Variante 5.3 ausgetauscht worden seien. Es hätten sich nicht nur die Namen, sondern auch die Trassenführungen geändert und seien sicher ausgeklügelter geworden. Für ihre Fraktion seien sie aber auch gigantischer geworden. Was sie jedoch nicht erfüllen würden, sei die Nachhaltigkeit. Nach Meinung von Feldkirch Blüht setze man hier auf das falsche Pferd. Man akzeptiere die Entscheidung dieses Gremiums, werde aber den Kampf für die Überzeugung von Feldkirch Blüht nicht aufgeben, vielleicht nur auf eine andere Ebene verschieben. Man werde auch sehr darauf achten, wie diese zentralen Elemente der O+ Variante in Feldkirch weiterverfolgt würden, und wie auf die

Bahn-Südeinfahrt geschaut werde. Für ihre Fraktion sei diese Entscheidung keine Gesamtverkehrskonzeptentscheidung, sondern betreffe nur einen Teil von Feldkirch. Und in diesen Teil würden gigantische Finanzsummen gesteckt. Feldkirch Blüht sei gespannt, was mit den anderen Teilen passiere.

STV Allgäuer meint, seine Fraktion habe mit der O+ Variante nie viel im Sinn gehabt. Es seien drei wesentliche Punkte hervorzuheben. Es gebe bei 15 Straßenvarianten die Bestvariante 5.3, was seines Erachtens völlig unbestritten sei. Ein weiterer und sehr wichtiger Punkt sei die zukünftig bessere Erschließung des Landeskrankenhauses und der Siedlungsgebiete. Zudem bringe die Variante 5.3 auch nachgewiesenermaßen den größten Entlastungseffekt. Die FPÖ sei von Beginn an auf der Seite der Bevölkerung gestanden und hätte immer eine tunnelgestützte Südumfahrung Feldkirchs forciert. Eine Nullvariante habe es deshalb für seine Fraktion niemals gegeben. Die „unendliche Geschichte der Südumfahrung Feldkirch“ müsse nun rasch mit der Umsetzung der Bestvariante zu Ende geschrieben werden. Man sei es den verkehrsgeplagten Anrainern schuldig, heute in diesem Gremium ein deutliches Signal zu setzen. Aus zwei Planungsprozessen sei eine Tunnelvariante hervorgegangen, und nach dem ursprünglichen Letzetunnel sei in einem dreijährigen, breit mit der Bevölkerung angesetzten und durchgeführten Planungsprozess, ebenfalls eine tunnelgestützte Entlastungsvariante entwickelt worden. Diese Lösung zeige auf, wie man im Konsens mit der Bevölkerung eine nachhaltige Verkehrsplanung bewerkstelligen könne. Seine Fraktion unterstütze deshalb den Antrag, der Vorarlberger Landesregierung die Umsetzung der Straßenvariante 5.3 der Verkehrsplanung Feldkirch Süd mit Begleitmaßnahmen im bestehenden Straßennetz zu empfehlen.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen von Feldkirch Blüht folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch empfiehlt der Vorarlberger Landesregierung aufgrund der erarbeiteten fachlichen Unterlagen sowie der Ergebnisse aus den Bevölkerungsinformationen und der sonstigen durchgeführten Veranstaltungen, die Straßenvariante 5.3 der Verkehrsplanung Feldkirch Süd mit Begleitmaßnahmen im bestehenden Straßennetz umzusetzen. Ebenso wird empfohlen und für den eigenen Wirkungsbereich festgelegt, zentrale Elemente der „O+Varianten“ wie etwa die Verbesserung des Angebots im öffentlichen Busverkehr, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Fußgänger- und Fahrradverkehr und ein breites Mobilitätsmanagement weiterhin voranzutreiben. Die Detailplanung der Straßenvariante 5.3 hat so zu erfolgen, dass die wichtige langfristige Option der Bahn-Südeinfahrt Feldkirch zukünftig umgesetzt werden kann. Die bereits begonnenen Untersuchungen der Bahn-Südeinfahrt Feldkirch sowie einer Straßenbahn sind intensiv weiter zu bearbeiten.

10. Gesamtverkehrskonzept Feldkirch

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Reisch erklärt, die SPÖ Feldkirch fordere schon seit langem die Überarbeitung bzw. die Neuerstellung des aus den 80er Jahren stammenden Verkehrskonzeptes der Stadt Feldkirch. Das mit diesem Projekt beauftragte Verkehrsplanungsbüro habe nun die Ergebnisse vorgelegt. Darüber sei ausführlich auch in den entsprechenden politischen Gremien beraten und diskutiert worden. Diesem Verkehrsleitkonzept, das in den verschiedenen Erstellungsphasen eine gut strukturierte Bürgerbeteiligung zugelassen habe, Vorschläge der Beteiligten eingearbeitet und Diskussionen zugelassen habe, könne ihre Fraktion zustimmen. Die SPÖ Feldkirch befürworte, dass Umsetzungen in den verschiedenen Maßnahmenbereichen, wie genannt der verschiedenen Handlungsfelder, wieder von den politischen Gremien beraten und beschlossen werden, was eine sehr flexible und von demokratischem Geist geprägte Vorgangsweise ermögliche. Allerdings gebe es offene Fragen, vor allem Fragen die den Durchzugsverkehr besonders in Gisingen betreffen. Dies sei nach wie vor ungelöst, wenn auch Vorschläge vorliegen würden, die den Durchzugsverkehr durch entsprechende Maßnahmen, speziell Temporeduktion, für die Bevölkerung erträglicher machen könnten. Hier werde man besonders darauf drängen, dass diese Umsetzungen möglichst rasch erfolgen, weil es hier Verhandlungen brauche mit dem Land Vorarlberg, wenn es um Landesstraßen gehe. Ihre Fraktion befürworte die positiven Zielrichtungen des Gesamtverkehrskonzeptes der Stadt Feldkirch und stimme dem Antrag zu.

STV Dr. Diem stellt fest, das Feldkircher Gesamtverkehrskonzept liege heute zur Beschlussfassung vor, und stelle wohl einen wichtigen Meilenstein dar, der den Weg für die kurz- und mittelfristige Zukunft festlege. Das Mobilitätsbedürfnis habe in den letzten Jahren und Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Am deutlichsten werde dies sichtbar, wenn zur Morgen- und Abendspitze sich an verschiedenen Stellen Staus bilden. Die Erkenntnis, dass der Durchzugsverkehr nur einen Teil der Problematik darstelle, habe sich inzwischen allgemein durchgesetzt. Die wesentlich größere Herausforderung entstehe dadurch, dass die hier Wohnenden sich innerhalb der Stadtgrenzen bewegen und Ziele außerhalb Feldkirchs erreichen wollen oder müssen. Und dazu kämen jene, die täglich zu ihrem Arbeitsplatz in Feldkirch pendeln, oder das Angebot hier nutzen. Also Binnen-, Quell- und Zielverkehr seien die Hauptverursacher des Verkehrs in Feldkirch. Das Gesamtverkehrskonzept habe nach genauer Analyse diese verschiedenen Aspekte erfasst und als Handlungsfelder definiert. Dass dabei nicht nur der motorisierte Individualverkehr vorkomme, sei ein wesentliches Qualitätsmerkmal dieses Konzeptes. Aus grüner Sicht seien es vor allem die Handlungsfelder „Öffentlicher Verkehr“, „Fussgänger- und Fahrradverkehr“ sowie „Mobilitätsmanagement“, die an der richtigen Stelle ansetzen würden. Auch das System mit Achsen und Kammern werde wesentlich zur Verbesserung der Wohnqualität beitragen. Wie der Name „Handlungsfelder“ vorgebe, sehe man in diesem Konzept eine Handlungsanweisung für Feldkirchs Verkehrspolitik. Die Leitplanken seien gesetzt, erst die konsequente Umsetzung werde den erhofften Erfolg bringen. Man müsse zwar nicht bei Null beginnen, Vieles sei schon bis heute passiert – aber noch mehr Aufgaben stünden bevor. Einige davon würden Umdenken und Verlassen gewohnter Pfade bedeuten, einige würden hohe Kosten verursachen, andere einfach nur den Willen, es anders zu machen. Damit wolle er auf den Prozess verweisen, der zum Entstehen dieses Gesamtverkehrskonzeptes geführt habe. Der erste Schritt sei sicher der gewesen, sich dieser Aufgabe

zu stellen und das Konzept zu starten. Bei der Auswahl des Verkehrsbüros, welches dieses Projekt die vergangenen Jahre begleitet habe, habe man sicher einen Glücksgriff gemacht. Das Planungsbüro MRS habe einen sehr fortschrittlichen Ansatz gewählt und versucht, alle Aspekte zu berücksichtigen. Die Einbeziehung von breiten Kreisen sei sehr wichtig gewesen. Die drei abgehaltenen Mobilitätskonferenzen hätten vor allem das Bewusstsein der verschiedenen Facetten der Verkehrsproblematik geschaffen. Und das bei allen Beteiligten, politisch Tätigen, Fachleuten, Interessenvertretungen und - besonders wichtig – interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Es sei erstaunlich gewesen, welche Dynamik sich bei den Konferenzen entwickelt habe und manche Ergebnisse seien wohl in dieser Form nicht zu erwarten gewesen. Einen besonderen Dank möchte er an den Projektverantwortlichen, DI Hannes Müller richten, der durch sein persönliches Engagement dieser Arbeit den Stempel aufgedrückt habe. Danke auch an die Mitarbeiter im Rathaus, die sich hier so richtig ins Zeug gelegt hätten. Eine kritische Bemerkung aus Sicht der Grünen wolle er aber dennoch anbringen. Obwohl die Verkehrslösung Feldkirch Süd auf Grund der politischen Verhältnisse mit großer Wahrscheinlichkeit zur Suptertunnelspinnenvariante 5.3 führen werde, habe das Konzept die Entscheidung in diese Richtung wohl schon zu stark vorweg genommen. Eine 0+ Variante habe weniger Platz gefunden. Dies läge wohl an der wahrscheinlich richtigen Einschätzung der Realität. Trotzdem – ein Konzept, das erst durch tatsächliche Beschlüsse umgesetzt werde, hätte noch ein paar Utopien mehr vertragen. Hoffentlich keine Utopie werde die Einbeziehung der gleichen breiten Kreise wie bei den Mobilitätskonferenzen auch bei der Umsetzung und regelmäßigen Anpassung dieses Konzeptes sein. Hier scheine die Meinung aber schon bei allen überein zu stimmen. Man dürfe hoffen, dass die Umsetzung ebenso gut gelingen werde, wie die Entstehung des Feldkircher Gesamtverkehrskonzeptes.

STR Dr. Lener erklärt, sie könne es sich nicht verkneifen zu sagen, dass sie glaube, man sei bereits auf dem besten Wege von der Umsetzung Utopie in die Realität. Sie habe – zwar noch nicht offiziell – eine vorläufige Auswertung von Fragen einer Mobilitätshebung 2008 für Feldkirch und Vorarlberg. Es zeige sich, dass Feldkirch überproportional gut abschneide. Der Modal Split in Bezug auf den Radverkehr sei 3% gegenüber 2003 gestiegen, bei den Fußgängern +/- 0 und ÖV seien es sogar 4%, wovon 3% auf den Bus entfallen würden. Dies bedeute insgesamt 6% weniger Lenker des motorisierten Individualverkehrs. Dass dies nicht nur eine wirtschaftliche Auswirkung der derzeitigen Krise sei, zeige, dass landesweit bzw. für Vorarlberg die Zahlen nicht so gut ausschauen würden. Sie freue sich, dass sie so ein gutes Ergebnis präsentieren könne und möchte gleich ankündigen, dass man bei der nächsten Sitzung des Planungsausschusses schon konkret über Maßnahmen im Bereich Feldkirch Nord sprechen werde, welche noch heuer umgesetzt werden sollen.

Bürgermeister Mag. Berchtold meint, diese Information sei ein Detailergebnis der aktuellen, noch vertraulichen Erhebungen, die landesweit durchgeführt würden für Feldkirch. STV Dr. Diem habe wahrscheinlich mit seiner Wortmeldung die Bekanntgabe dieses Ergebnisses mit verursacht, um nicht zu sagen provoziert. Es sei in der Tat eine erfreuliche Trendentwicklung für Feldkirch, weil es doch, wenn man es zusammenzähle, aufzeige, dass im Bereich des umweltfreundlichen Verkehrs mittlerweile in Feldkirch 50% der Wege zurückgelegt würden. Somit werde auch belegt, dass Maßnahmen,

die man in den letzten Jahren gesetzt habe, insbesondere auch im Bereich der Bewusstseinsbildung, auch Wirkung zeigen. Mit dem Gesamtverkehrskonzept für Feldkirch habe man jetzt einen Fahrplan in der Hand, welcher uns auf diesem Weg in die Zukunft weiter begleiten könne und werde. Davon sei er überzeugt. Vor allem auch deshalb, weil ihn die Art und Weise, wie dieser Gesamtverkehrsplan für Feldkirch erarbeitet worden sei, sehr zuversichtlich stimme. Das Thema Verkehr für Feldkirch mit Sicherheit eines jener Themen, das die größten Herausforderungen beinhalte, das gleichzeitig aber auch die größten politischen Diskussionen, zumindest in der Vergangenheit, verursacht habe. Es sei deshalb auch für die Feldkircher Stadtvertretung ein sehr erfreulicher Vorgang, wenn man heute davon ausgehen könne, dass dieses Gesamtverkehrskonzept für Feldkirch von einer breiten Mehrheit getragen werde. Dies zeige zum einen, dass die Qualität der politischen Kultur in Feldkirch auch über ein so kontroverses Thema wie Verkehr zu einvernehmlichen Lösungen führt. Es zeige zum anderen aber auch, dass die Arbeit in den politischen Gremien von großer Sachlichkeit getragen sei und zum dritten, einen hohen Realitätsbezug hat. Die Erkenntnis, dass solche Fragen, gerade im Verkehrsbereich, nie von 100%iger Zustimmung getragen werden können, dass es immer auch Kompromisse bedarf, werde gerade auch durch diese Entscheidung für den Gesamtverkehrsplan auf politischer Ebene eindringlich unter Beweis gestellt. Deshalb danke er allen, die ihren Beitrag dazu geleistet hätten. Auf politischer Ebene Frau STR Dr. Lener, stellvertretend für die Wahrnehmung der Referatsaufgabe als zuständige Stadträtin, der Verwaltung, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern und den verschiedenen Interessensgruppen, die im Rahmen des breit angelegten Bürgerbeteiligungsverfahrens mitgewirkt hätten.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Gesamtverkehrskonzept in der Fassung vom 27.02.2009 wird als Präzisierung des Verkehrsleitbilds des STEP Feldkirch und als Leitprojekt des STEP-Masterplans zustimmend zur Kenntnis genommen und dient als Richtschnur der künftigen verkehrspolitischen Arbeit.

Die Verwaltung der Stadt Feldkirch ist angehalten, das Gesamtverkehrskonzept als Arbeitsinstrument anzuwenden und sich in ihrer Arbeit an den im Gesamtverkehrskonzept festgehaltenen Maßnahmenbereichen zu orientieren bzw. darauf Bezug zu nehmen.

Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt fallbezogen und unter Beteiligung der Betroffenen sowie unter allfälliger Detaillierung der Untersuchungen.

Das Gesamtverkehrskonzept ist durch die erforderlichen Analysen und Verkehrsbeobachtungen zu aktualisieren und bei wesentlicher Änderung der planerischen Rahmenbedingungen anzupassen.

11.

Umwidmungen

a) Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes – Sport- und Freizeitzentrum Oberau

b) Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes - Gasstation

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- a) Die Stadt Feldkirch beschließt den Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Sport- und Freizeitzentrums Oberau in der Weise, dass die in der vorliegenden Tabelle genannten Flächen und Teilflächen wie dort beschrieben und in beiliegender Planunterlage dargestellt umgewidmet werden sollen. Das Ergebnis der Umwelterheblichkeitsprüfung auf Basis der Stellungnahmen der konsultierten Fachabteilungen des Landes Vorarlberg wird zur Kenntnis genommen.**

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt den Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes dergestalt, dass eine Teilfläche der GST-Nrn. 4200/1, KG Nofels im Ausmaß von ca. 300 m² von Freifläche – Freihaltegebiet in Freifläche – Sondergebiet (FS Gasstation) umgewidmet werden soll. Der Erläuterungsbericht zur Umwelterheblichkeitsprüfung wird zur Kenntnis genommen.**

12. Tourismusbeitrag 2009 – Festsetzung des Gesamtaufkommens und des Hebesatzes

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

VERORDNUNG

der Stadtvertretung von Feldkirch vom 10.3.2009

über die Festsetzung des Gesamtaufkommens und des Hebesatzes für die Tourismusbeiträge 2009

Gemäß § 11 Vorarlberger Tourismusgesetz, LGBl. Nr. 86/1997 idgF. wird das veranschlagte Gesamtaufkommen an Tourismusbeiträgen für das Jahr 2009 mit € 449.000,00 und der Hebesatz zur Berechnung der Tourismusbeiträge für das Kalenderjahr 2009 mit 0,3683 v.H. der Bemessungsgrundlagen festgesetzt.

13. Aufnahme von Wohnbauförderungsdarlehen

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch nimmt bei der Hypothekenbank Bregenz ein Landeswohnbauförderungsdarlehen für die Sanierung der Wohnung Graf-Hugo-Wuhrgang 5, 3. OG links in der Höhe von € 8.000,00, für die Sanierung der Wohnung Graf-Hugo-Wuhrgang 5, 4. OG rechts in der Höhe von € 9.000,00, für die Sanierung der Wohnung Graf-Hugo-Wuhrgang 7, 1. OG links in der Höhe von € 9.100,00, für die Sanierung der Wohnung Graf-Hugo-Wuhrgang 7, 3. OG in der Höhe von € 10.200,00, für die Sanierung der Wohnung Graf-Hugo-Wuhrgang 1, 4. OG rechts in der Höhe von € 8.700,00 und für die Sanierung der Wohnung Montfortgasse 2, 2. OG rechts in der Höhe von € 11.700,00 zu folgenden Bedingungen auf:

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 5, 3. OG links:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,6% der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 1,0 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 455,16.**

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 5, 4. OG rechts:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,6 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 1,0 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 511,20.**

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 7, 1. OG links:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,6 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 1,0 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 516,84.**

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 7, 3. OG:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,6 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 1,0 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 578,40.**

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 1, 4. OG rechts:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,6 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 1,0 % p.a. vom jeweiligen Darlehens-**

rest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 494,40.

**Wohnhaussanierung Montfortgasse 2, 2. OG rechts:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,6 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 1,0 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 759,57.**

14. Förderungsvertrag Kanal-Neubau BA 61

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die vorbehaltlose Annahme des Förderungsvertrages für das Detailprojekt Adaptierung Pumpwerk Riedteilweg, Baubaschnitt 61, Antrags-Nr. A 802059 zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., 1092 Wien, einerseits und der Stadt Feldkirch andererseits wird genehmigt.

15. Umstellung Zinsbindung variabel – fix

a) Stadt Feldkirch

b) Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG

STR Matt bringt die vorliegenden Anträge a) und b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

A) Die Stadtkämmerei wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem Finanzstadtrat und in Absprache mit dem Bürgermeister

- a) **die bestehenden Darlehen in Fremdwährung (umgerechnet ca. 4,2 Mio. Euro) bei günstigen Währungs-Rahmenbedingungen in Euro Darlehen zu konvertieren und in einer Summe – auf Basis Fixzinssatz – neu auszuschreiben. Die bestehenden Fremdwährungsdarlehen werden einer Sondertilgung zugeführt.**
- b) **Weiters wird die Stadtkämmerei ermächtigt, die bisherigen variabel verzinsten Darlehen im Euribor mit Zustimmung der jeweiligen Darlehensgeber auf die seinerzeit anlässlich der Offertstellung gleichzeitig angebotenen Fixzinssätze umzustellen, wobei marktbedingte Aufschlagsabweichungen möglich sind, und**

- c) für jene Darlehen, für welche eine Umstellung gemäß Punkt b) nicht möglich, bzw. der angebotene Aufschlag nicht marktkonform ist, um die Ermächtigung, sämtliche bzw. Teile der bisher variabel verzinsten Darlehen im Euribor in einer Summe auf Basis Fixzinssatz 5 bzw. 10 Jahre neu auszuschreiben und die bestehenden variabel verzinsten Darlehen im 3, 6 und 12 Monate Euribor einer Sondertilgung zuzuführen.

Alternativ ist auch der Abschluss eines CAP (Festlegung einer Zinssatzobergrenze gegen Prämienzahlung) zu prüfen und allenfalls alternativ (teilweise) umzusetzen.

Die Ermächtigung der Umstellung von diversen Darlehen von variabler auf fixe Verzinsung bzw. alternativ der Abschluss eines CAP soll auf Anregung des Finanzausschusses auf das Jahr 2009 beschränkt werden und allenfalls durch einen neuen Antrag verlängert werden können.

- B) Die Stadtkämmerei wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem Finanzstadtrat und in Absprache mit dem Bürgermeister**

- a) die bisherigen variabel verzinsten Darlehen im Euribor mit Zustimmung der jeweiligen Darlehensgeber auf die seinerzeit anlässlich der Offertstellung gleichzeitig angebotenen Fixzinssätze umzustellen, wobei marktbedingte Aufschlagsabweichungen möglich sind, und
- b) für jene Darlehen, für welche eine Umstellung gemäß Punkt a) nicht möglich, bzw. der angebotene Aufschlag nicht marktkonform ist, um die Ermächtigung, sämtliche bzw. Teile der bisher variabel verzinsten Darlehen im Euribor in einer Summe auf Basis Fixzinssatz 5 bzw. 10 Jahre neu auszuschreiben und die bestehenden variabel verzinsten Darlehen im 6 und 12 Monate Euribor einer Sondertilgung zuzuführen.

Alternativ ist auch der Abschluss eines CAP (Festlegung einer Zinssatzobergrenze gegen Prämienzahlung) zu prüfen und allenfalls alternativ (teilweise) umzusetzen.

Die Ermächtigung der Umstellung von diversen Darlehen von variabler auf fixe Verzinsung bzw. alternativ der Abschluss eines CAP soll auf Anregung des Finanzausschusses auf das Jahr 2009 beschränkt werden und allenfalls durch einen neuen Antrag verlängert werden können.

16. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt die vorliegenden Anträge a) bis d) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- a) **Die Stadt Feldkirch verkauft an KSW Elektro- und Industrieanlagenbau Gesellschaft m.b.H. (FN 41484g), Studa 3, 6800 Feldkirch, eine Teilfläche im Ausmaß von rd. 2.800 m² aus GST-NR 6053/1 u.a. vorkommend in EZ 4044 Grundbuch 92102 Altenstadt zum Preis von € 150,-- pro m².**
KSW Elektro- und Industrieanlagenbau Gesellschaft m.b.H räumt der Stadt Feldkirch das grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht an der kaufgegenständlichen Liegenschaft ein und die Stadt Feldkirch nimmt dieses Recht zur Kenntnis und an.
Die Stadt Feldkirch behält sich im Sinne des § 1068 ABGB ausdrücklich das Recht vor, die kaufgegenständliche Liegenschaft wieder zurück zu kaufen, wenn die Käuferin nicht innerhalb von 2 Jahren (ab Unterfertigung des Vertrages) ein Betriebsgebäude auf der kaufgegenständlichen Liegenschaft errichtet hat und in Betrieb genommen hat. KSW Elektro- und Industrieanlagenbau Gesellschaft m.b.H. erklärt sich mit diesem Vorbehalt des Wiederkaufsrechtes einverstanden und willigt ausdrücklich in die Einverleibung dieses Wiederkaufsrechtes auf der entsprechenden Grundbuchseinlage ein, dies auch über einseitiges Einschreiten der Stadt Feldkirch.
Die Stadt Feldkirch räumt der KSW Elektro- und Industrieanlagenbau Gesellschaft m.b.H. eine Option zum Erwerb einer Fläche von rd. 2.725 m² aus GST-NR 6053/1 (nördlich der Kauffläche) ein. Die Optionsdauer beträgt 5 Jahre. Im ersten Jahr wird kein Optionsentgelt fällig. Ab dem zweiten Jahr beträgt das Optionsentgelt 1 % des Kaufpreises pro m²/Jahr. Das tatsächlich bezahlte Optionsentgelt wird zur Gänze dem Kaufpreis angerechnet. Ein sich ergebender Zinsvorteil verbleibt bei der Stadt Feldkirch.
Im Übrigen erfolgt das Grundgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.
- b) **Beim GST-NR 1099/5 erfolgt eine Abschreibung einer Teilfläche im Ausmaß von ca. 198 m² und Zuschreibung derselben zum GST-NR 1099/6 (Pumpwerk Freschner Riegelweg).**
Die Stadt Feldkirch verkauft an MÄHR BAU GmbH (FN 272137 b), Freschner-Riegelweg 5, 6800 Feldkirch, eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 1.511 m² aus GST-NR 1099/5 u.a. vorkommend in EZ 756 Grundbuch 92116 Nofels zum Preis von € 130,-- pro m².
MÄHR BAU GmbH räumt der Stadt Feldkirch das grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht an der kaufgegenständlichen Liegenschaft ein und die Stadt Feldkirch nimmt dieses Recht zur Kenntnis und an.
Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Grundgeschäft hat MÄHR BAU GmbH zu tragen. Im Übrigen erfolgt das Grundgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen

Bedingungen.

- c) **Die Stadt erwirbt von Theresia Hirschauer-Walser, geb. am 22.10.1926, wohnhaft in 6800 Feldkirch-Gisingen, Hauptstraße 36, das GST-NR 1173 mit 2.317 m² vorkommend in EZ 1380 Grundbuch 92102 Altenstadt zum Preis von € 77,-- pro m². Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit diesem Rechtsgeschäft hat die Stadt Feldkirch zu übernehmen. Im Übrigen gelten die im Antrag genannten und die bei der Stadt Feldkirch bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingungen.**
- d) **Die Stadt Feldkirch erwirbt von Christoph Zelzer, geb. am 20.6.1975 und Andrea Zelzer geb. Müller, geb. am 14.5.1981, beide wohnhaft in 6800 Feldkirch, Wolf-Huber-Straße 14, deren jeweiligen Hälfteanteil am GST-NR 638/6 mit einem Ausmaß von 600 m² vorkommend in EZ 1433 Grundbuch 92124 Tisis im Tauschwege für eine Teilfläche von 455 m² aus dem städtischen GST-NR 5655 u.a. vorkommend in EZ 189 Grundbuch 92124 Tisis. Sämtliche mit diesem Grundtausch zusammenhängenden Kosten (auch Teilungsplan) und Gebühren werden von Christoph und Andrea Zelzer getragen. Im Übrigen erfolgt das Rechtsgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingungen.**

17. Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung der Stadtvertretung vom 16.12.2008

Die Niederschrift wird genehmigt.

18. Allfälliges

STV Rietzler berichtet, dass im Zuge von Bauarbeiten im Kanalbereich des Töbelewegs die Siedlung vom Dr. Isa Großschädl Weg tagsüber mit dem Fahrzeug nicht erreichbar gewesen sei, was für viele Familien eine erhebliche Mobilitätseinschränkung bedeutet habe. Weiters habe man nach Meinung der Bewohner diese zu spät über die Bauarbeiten informiert.

Deshalb stelle er folgende Anfrage:

Aus welchem Grund wurde bei einer Wohnanlage in dieser Größenordnung keine Behelfszufahrt, zB über die Münzersiedlung, errichtet?

Wie verhält es sich rechtlich bei der Einräumung einer Dienstbarkeit?

Der Vorsitzende erklärt, dass die Beantwortung dieser Anfrage schriftlich erfolge.

STVE Ing. Dingler bittet, die Stadtvertretungssitzungen in Zukunft wieder auf 18.15 Uhr zu verlegen, da der Bus, welcher die Pendler aus Liechtenstein und der Schweiz herbringe, erst um 17.57 Uhr am Katzenturm eintreffe.

STR Thalhammer berichtet, dass der Direktor der Musikschule Feldkirch, Herr Hoch, mit Ende des Schuljahres in Pension gehe.

Deshalb stelle sie folgende Anfrage, welche am Vortag bereits schriftlich eingebracht worden sei.

Ist der Posten eines neuen Direktors schon ausgeschrieben oder wird er nächstens ausgeschrieben?

Das Thema Musikschulen war auch Tagesordnungspunkt der Regio Vorderland.

Gibt es in diesem Gremium Überlegungen oder sogar konkrete Maßnahmen bezüglich der Musikschulen und der Besetzung des Direktorenpostens?

Vizebürgermeisterin Burtscher dankt für die Übermittlung der Anfrage. Damit sei es ihr möglich, die Fragen unverzüglich zu beantworten. Der Direktorposten sei noch nicht ausgeschrieben worden, da erst mit heutigem Tage die schriftliche Mitteilung von Herrn Direktor Hoch über seine beabsichtigte Pensionierung eingelangt sei. Dieser werde aber demnächst öffentlich ausgeschrieben. Vor etwas länger als einem Jahr habe die Gemeinde Rankweil, als Betreiberin der Musikschule Rankweil, ein Projekt „Musikschule Vorderland“ initiiert. Im Zuge dieses Projektes habe man die Stadt Feldkirch dazu eingeladen, einmal um das Kno How einzubringen aber auch um vielleicht Synergien oder Kooperationsmöglichkeiten zu finden. Am Schluss dieses Projektes sei über eine Kooperation der beiden Musikschulen konkret diskutiert worden, wobei die Musikschule der Stadt Feldkirch eingebracht habe, dass die einzige Variante aus ihrer Sicht, die einer engen Kooperation sei. Die Projektgruppe habe einen Entwurf für eine enge Kooperation vorgelegt, wobei dieser in der Regio Vorderland diskutiert worden sei und derzeit in den einzelnen Gemeinden zur Diskussion stehe. In Feldkirch habe die Informationsveranstaltung in der Musikschule Feldkirch am 20. Februar stattgefunden, wobei alle Pädagoginnen und Pädagogen über den Projektstand informiert und eingeladen worden seien, sich an einer Weiterentwicklung dieser zukünftigen Kooperation zwischen den zwei Musikschulen zu beteiligen. Die weitere Vorgangsweise der Stadt Feldkirch bestehe darin, dass man diesen Direktorposten schnellstens ausschreibe, mit den Aufgaben, die Musikschule Feldkirch zu leiten und an der Weiterentwicklung einer Kooperation oder einer gemeinsamen Musikschule mit dem Lehrerkollegium mitzuwirken. Wenn diese gemeinsame Entwicklung in einem konkreten Stadium sei, würden die politischen Gremien damit befasst.

STV Furtenbach berichtet, in Feldkirch sei die Pflegesituation gerade aufgrund des Leitbildes „Gerne älter werden in Feldkirch“, eine sehr gute. Das Leitbild habe gezeigt, dass die Umsetzung der Punkte das tragende Fundament sei. Trotzdem sei ihre Fraktion in der letzten Zeit von betroffenen Personen von unterschiedlicher Seite – sie nenne es – mit Anregungen angesprochen worden.

Deshalb stelle sie folgende Anfrage, welche bereits schriftlich vorgelegt worden sei.

1. Wie viele Pflegekräfte bzw. Personen in Leitungsfunktionen sind in den Jahren 2007 und 2008 von der Seniorenbetreuung Feldkirch angestellt worden?
Wie viele Pflegekräfte bzw. Personen in Leitungsfunktionen sind gekündigt worden?
Wie viele Pflegekräfte bzw. Personen in Leitungsfunktionen haben das Dienstverhältnis auf eigenen Wunsch beendet?
2. Wie stellt sich die Überstundensituation in den einzelnen Häusern zum Jahresende 2008 dar?
3. Trifft es zu, dass die Mehrzweckräume im Haus Nofels nicht mehr benützt werden, weil keine aktivierende Pflege mehr stattfinden kann und daher immer mehr zu Pflegende bettlägrig sind?
4. Gibt es bei der SBF Regelungen/standardisierte Vorgangsweisen, wenn Pflegefachkräfte Anregungen, Verbesserungsvorschläge oder Kritik vorbringen, bzw. wer steht ihnen im Konfliktfall als neutraler/unabhängiger Ansprechpartner zur Verfügung?
5. Gibt es bei der SBF Regelungen/standardisierte Vorgangsweisen, wenn Heimplatz-Anregungen, Verbesserungsvorschläge oder Kritik vorbringen, bzw. wer steht ihnen im Konfliktfall als neutraler/unabhängiger Ansprechpartner zur Verfügung?

Die Anfrage wird von STR Dr. Schöbi-Fink wie folgt beantwortet:

„zu Punkt 1

- a) Auf Grund der zunehmenden Auslastung von Pflegebetten wurden in den Jahren 2007 und 2008 von der Senioren-Betreuung Feldkirch an Pflegefachkräften angestellt:

- Im Jahr 2007 19 MitarbeiterInnen
- Im Jahr 2008 21 MitarbeiterInnen
- Gesamt 40 MitarbeiterInnen

davon Neueinstellungen als Führungspersonen:

- Stelle der „Zentralen Pflegeleitung“ (1.1.2007) (neue Stelle)
- Stelle der „Haus- und Pflegeleitung“ im Haus Nofels (15. September 2008) als Teilzeitstelle nach einer hausinternen Veränderung.

Per Ende 2008 waren 120 Pflegefachkräfte angestellt!

b und c)

In Leitungsfunktionen wurden im Zeitraum 2007 und 2008 keine MitarbeiterInnen gekündigt.

Insgesamt gab es im Pflegebereich in den Jahren 2007 und 2008 folgende Kündigungen:

| | |
|---|--------|
| 2007 Gesamt | 15 |
| Pension / gesundheitliche Gründe | 2 |
| auf Grund vorübergehender Anstellungen bis Wunschstelle möglich wird (meist LKH) | 4 |
| Zeitablauf der Probezeit – keine Verlängerung | 2 |
| Einvernehmliche Lösung | 2 |
| Kündigung Ende Karenz | 1 |
| Private Interessen | 4 |
| 2008 Gesamt | 13 |
| Pension / gesundheitliche Gründe | 2 |
| auf Grund vorübergehende Anstellungen bis Wunschstelle möglich wird (meist LKH) | 4 |
| Zeitablauf der Probezeit – keine Verlängerung | 2 |
| Abbruch der erforderlichen Nostrifikation | 1 |
| Einvernehmliche Lösung | 1 |
| Private Interessen | 3 * |
| * davon eine Wiederanstellung | |

Zu Punkt 2

Die Überstundensituation in den einzelnen Häusern zum Jahresende 2008 ist unterschiedlich begründbar.

Seit der Inbetriebnahme von Haus Tosters im Februar 2006 ist eine ständige Zunahme in der Bettenbelegung zu verzeichnen. Dementsprechend wurde auch versucht, die Personalsituation kontinuierlich anzupassen. In den Jahren 2007 und 2008 wurde bewusst die Belegung im Haus Tosters forciert, während eher im Haus Schillerstraße die Auslastung zurückgenommen wurde. Letztere Maßnahme begründete sich in der vorübergehenden Überlegung, freie Betten im Haus Schillerstraße anderweitig zu nutzen.

Durch diese Situation des „Wachstums“ einerseits und der „Stagnation“ andererseits war es notwendig aus pflegerischer Verantwortung die angemessene Betreuung und Pflege sicher zu stellen, gleichzeitig aber auch in Anbetracht der Wirtschaftlichkeit aber auch auf Grund des „Personalmarktes“ flexible Lösungen zu suchen. Dies wurde zwischenzeitig im Einvernehmen mit den MitarbeiterInnen mit Überstunden ausgeglichen.

Im Haus Gisingen und Haus Schillerstraße war es zudem notwendig, auf Grund unvorhergesehener „Langzeitkrankenstände“ und Kuraufenthalte Überstunden zu leisten. Im Jahr 2008 wurde ein gezielter Abbau von Überstunden forciert und im Einvernehmen mit MitarbeiterInnen auch ein Teil finanziell abgegolten. Dieser Abbau wird auch im Jahr 2009 kontinuierlich als Ziel gesetzt und dürfte mit einer nun fast 100%-igen Personalbesetzung besser umsetzbar sein.

Stand Überstunden von Pflegefachkräften per Ende 2008

| | Diplompers. | Pflegehelfer | Ende 2008 | Ende 2007 |
|---------------------|-------------|--------------|-----------|-----------|
| Haus Schillerstraße | 1145 | 1319 | 2464 | 3386 |
| Haus Nofels | 358 | 353 | 711 | 584 |
| Haus Gisingen | 407 | 329 | 736 | 1157 |
| Haus Tosters | 582 | 1328 | 1910 | 2142 |
| | | | 5821 | 7269 |

Somit 2008 ein Abbau von 1448 Stunden !

Zu Punkt 3

Im Haus Nofels wird der bisherige Mehrzweckraum künftig der neuen „Kontakt- und Beratungsstelle“ als Büroräumlichkeit dienen. Ein bisher vom MOHI genutzter Raum im EG des Hauses in gleicher Größe dient künftig als Mehrzweckraum. Diese beiden Räumlichkeiten wurden bisher nicht für Aktivitäten der Bewohner genutzt und führen damit auch zu keiner Veränderung in der aktivierenden Pflege der Bewohner. Das Haus Nofels verfügt im OG über großzügige Räumlichkeiten für therapeutische Zwecke und für Beschäftigungsgruppen, die regelmäßig genutzt werden. Es findet unabhängig davon eine aktivierende Pflege statt.

Zu Punkt 4

Für Pflegefachkräfte gibt es folgende standardisierte Regelungen, um Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Kritik einzubringen.

- tägliche Pflegegespräche
- monatliche Teamtreffs

Weiters können diese unter Einhaltung der Dienstwege eingebracht werden an:

- Stationsverantwortliche
- Haus- und Pflegeleitung
- Zentrale Pflegeleitung
- Geschäftsführung

An neutrale Stellen

- Betriebsrat
- Politisch Verantwortliche (Stadträtin für Soziales)
- Aufsichtsrat – i.B. Vertretung der Pflege (Fr. E. Ruepp)

Zu Punkt 5

Für Heimbewohner und Angehörige gibt es folgende standardisierte Regelungen zur Einbringung von Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Kritik.

Bei jeder Neuaufnahme wird sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern als auch den Angehörigen angeboten, Wünsche, Beschwerden, Anregungen sofort und direkt an die Stationsverantwortlichen weiter zu geben. Es wird aber auch auf weitere Möglichkeiten hingewiesen, wie Haus- und Pflegeleitung, Zentrale Pflegeleitung und Geschäftsführung.

Gemäß dem Patienten- und Klientenschutzgesetz gibt es in jedem Haus zudem eine

- Informations- und Beschwerdestelle
die von den Sekretariaten wahrgenommen werden und einen standardisierten Ablauf bis zur Erledigung haben.

Weitere Möglichkeiten der Beziehung einer neutralen Stelle gibt es über den

- Heimbewohnervertreter und den
- Patientenanwalt

Diese werden bei Unstimmigkeiten genauso von der Einrichtung selbst zur Klärung herangezogen.

Darüber hinaus steht bei der angemessenen Pflege, der Bewohner mit seinen Wünschen und Gewohnheiten stets im Vordergrund jeder Pflegeplanung.

Bereits beim Aufnahmegespräch wird auf die individuellen Bedürfnisse eingegangen und der Kontakt zu den Vertrauens- und Auskunftspersonen (meist nahe Angehörige) gesucht.

In regelmäßigen Evaluierungen der Pflegeplanungen wird auf veränderte Situationen und Wünsche eingegangen.

Weiters gibt es jährlich Angehörigenabende zum gemeinsamen Austausch von Informationen und Anliegen. Eine weitere vertrauensbildende Maßnahme stellen auch die Einladungen von Angehörigen zu gesellschaftlichen Ereignissen in den Häusern dar.“

STR Thalhammer erklärt, für sie seien die Fragen ausreichend beantwortet worden und vor allem finde sie es angenehm, dass dies hier in diesem Gremium geschehen sei, während bei einer Beantwortung per Post oder mail dies nicht alle mitverfolgen könnten. Sie habe auch nicht damit gerechnet, dass eine Beantwortung in der Form innerhalb eines Tages möglich sei.

Bezüglich des dritten Punktes der Anfrage sei dies im Übrigen noch das harmloseste Gerücht gewesen, welches mittels Presse an ihre Fraktion herangetragen worden sei. Feldkirch Blüth sei geschlossen der Meinung gewesen, dass man in der Art und Weise nicht auf die Dornbirner Vorfälle einsteigen wolle, und sie habe deshalb STR Dr. Schöbi-Fink kontaktiert und ihr erklärt, dass dazu Fragen gestellt würden. Darum meine sie auch, dass solche Fragen nicht immer ein Affront oder eine Belastung sein müssten, sondern auch manche Dinge aufklären könnten.

Bürgermeister Mag. Berchtold bedankt sich ausdrücklich für den verantwortungsvollen Umgang mit solchen Informationen. Man sei in Feldkirch bemüht den hohen Standard, so wie schon von STV Furtenbach eingangs erwähnt, in der Seniorenbetreuung auch aufrecht erhalten zu können. Die Diskussionen der letzten Wochen hätten bewiesen, dass in Feldkirch dies auch weitestgehend gelinge. Allerdings gebe es solche Informationen, die auch seiner Fraktion zugetragen worden seien, und die eine entsprechende Reaktion verlangen würden. Dies sei auch geschehen. Und es gebe auch offene Fragen, die man im Rahmen einer solchen Diskussion dann auch beantworten könne.

STV Allgäuer meint, seine Fraktion habe dem Integrationsleitbild zugestimmt, weil wesentliche Forderungen der FPÖ berücksichtigt worden seien. Man habe ganz bewusst das Gemeinsame in diesem Punkt vor das Trennende stellen wollen. Er melde sich jetzt erst zu Wort, da er dieses für sehr viele wichtige Thema nicht zerreden habe wollen.

Für ihn sei völlig unbestritten, dass eine unterschiedliche Auffassung, unterschiedliche Standpunkte, meistens auf unterschiedliche Weltvorstellungen zurückzuführen seien. Er wolle aber dennoch zwei Themen, zwei Standpunkte aufgreifen, mit denen er nicht konform gehe. Einmal betreffe es den Bereich der Zuwanderung. Nach dem Dafürhalten seiner Fraktion könne eine Zuwanderung von Kärntnern, Steirern oder von Schülern und Studenten nicht mit anderen Zuwanderern, beispielsweise aus der Türkei, verglichen werden. Man denke nur an die Themen der Sprache, der Bildung, der Kultur und die Anerkennung der Menschenrechte. Der zweite Punkt – und dies sei eine sehr gewagte Aussage von STR Dr. Albrecht – dass auch Kirchen oder Klöster Doppelgesellschaften seien. Dies sei ein Punkt, den er so ablehne und zwar bei allen Verfehlungen, die es in der Kirche auch heute noch gebe. Was ihn sehr bedenklich stimme sei auch, dass einige ÖVP-Vertreter hier zugestimmt hätten und hier anscheinend konform gehen würden.

STR Dr. Albrecht meint, er wolle die ganze Diskussion vom Integrationsausschuss nicht wiederholen. Bezüglich der Zuwanderer habe er schon Stellung genommen. Was das Wort Parallelgesellschaften anbelange, sei dies ein Ausdruck aus der Soziologie. Es gebe sehr viele verschiedene Parallelgesellschaften und dies sei nichts Schlimmes. Vor diesem Wort habe die FPÖ eine Horrorvorstellung und davon müsse man sich verabschieden. In jedem soziologischen Lehrbuch sei nachzulesen, dass ein Kloster, eine Ansammlung von Kapuzinern usw. eine Parallelgesellschaft sei, die in sich abgeschlossen sei.

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende